

Editorial: 2021 – Wir sind im Wahljahr!

Liebe Leser,
die Mitglieder der Landsmannschaft Westpreußen und der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa vertreten u.a. vor allem Interessen, die sich auf einen bestimmten geographischen Raum beziehen. Viele Lebensschicksale wurden durch geschichtliche Vorgänge in diesem Raum geprägt. Die Mitglieder- und Interessentenstruktur schlägt sich auch darin nieder, dass unsere Organisationen überparteilich sind, d.h. aber nicht, dass die Aussagen der politischen Parteien nicht aus unserer Perspektive gewertet werden. Und wir hoffen darüber hinaus, dass Menschen aus unserem Kreis engagiert in ihren Parteien ihre, also unsere Interessen vertreten und die von uns vielfach genannten Versuche von politischen Parteien begegnen, unsere Organisationen auszugrenzen.

Sicherlich sind wir nicht die einzigen, die durch Nichtantworten, Warteschleifen u.a.m. keine Chance haben, in der Öffentlichkeit gehört zu werden. Es ist jedoch in letzter Zeit immer deutlicher geworden, dass unsere Organisationen gezielt ausgegrenzt werden. Beispiele haben wir in den letzten Monaten auf bezirklicher Ebene erleben müssen. Und die Ausgrenzungen gehen auch schon so weit, dass es nicht opportun erscheint, mitzuteilen, wer uns dann doch antwortet und unsere Anliegen ernst nimmt.

Wir sehen dadurch die Demokratie gefährdet. Was helfen uns demokratische Strukturen, wenn sie von Personen, Parteien, Institutionen usw. genutzt werden, um Bürger und ihre Organisationen auszugrenzen. Die Schlagworte sind bekannt, die zur Etikettierung von angeblichen Demokratiegegnern genutzt werden. Und zunehmend werden auch Zuwanderer missbraucht, um uns „unsere Geschichte“ zu erklären, die nicht unsere Geschichte ist.

Vielmehr wird bei uns und in Partnerorganisationen gefordert: „Junge Menschen müssen herangezogen werden!“ Dass ist richtig. Doch „junge Menschen“ sollten die vorhandenen Mitstreiter ergänzen, nicht ersetzen. Und noch eins: Die politisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen schnellen und umfassenden Erfolg einer solchen Werbung um junge Menschen fordern umfassendes, nachdrückliches, langfristiges Handeln. Denn – machen wir uns doch nichts vor: Unsere Präsenz in der politischen Landschaft wird nur geduldet, aber nicht gefördert. Schauen wir auf die Entwicklungen im Bildungsbereich, die Rahmenpläne für den Schulunterricht, die Lehrstühle an den Hochschulen, die finanzielle und personelle Ausstattung der ostdeutschen Landesmuseen...

In den letzten drei Tagen habe ich - parallel zu den Arbeiten am AGOMWBW-Rundbrief und der laufenden Büroarbeit - die Debatten im Deutschen Bundestag verfolgt. Über diese wird in den Medien zumeist wenig berichtet. Es gibt aber die Möglichkeit, über www.bundestag.de die Debatten „1 zu 1“ zu verfolgen. Wer keinen Rechner hat, der kann zumindest einen Teil der Debatten u.a. bei PHOENIX erleben. Es lohnt sich! Auch hier spielt Ausgrenzung eine große Rolle. Keine Frage, wir sind im Wahljahr. Engagieren Sie sich. Sprechen Sie Personen an, die angeblich oder tatsächlich unsere Interessen vertreten! Schreiben Sie uns darüber, unsere Seiten für Leserbriefe könnten voller sein!

Übrigens: Am 27. März 2021 haben wir an die für das Berliner Gedenktafel-Programm zuständige Historische Kommission zu Berlin unseren Antrag geschickt, Gedenktafeln für den Danziger Hugo Conwentz zu genehmigen, der als Begründer der staatlich organisierten Naturdenkmalpflege gilt. Trotz mehrmaliger Aufforderung haben wir bis heute keine Eingangsbestätigung der Historischen Kommission für die Anträge erhalten. Auch eine Ausgrenzung? Wir bleiben dran!

Mit freundlichen Grüßen und Wünschen: bleiben Sie gesund!

Ihr Reinhard M. W. Hanke